



Gliederung:

1. Die Wurzel der Partei
2. ihre Entwicklung bis heute
3. Grund des Erfolgs
4. Gefahr für die Demokratie

Gegründet: 6. Februar 2013
Parteivorsitzende: Jörg Meuthen, Alexander Gauland
Bundestagssitze: 92/709
Sitze in Landtagen: 157/1821
Mitgliederzahlen: 26.400 (vgl. FDP 63000)
Wurzel: Pegida



Aussage von Bernd Lucke kurz vor seiner Abwahl:

Es gibt Parteimitglieder, die „versuchen, die politischen Ränder aufzuweichen und auch radikale Kräfte integrieren wollen, die grundsätzlich systemkritisch, fundamental-oppositionell und nationalistisch daherkommen.“

Björn Höcke im Januar 2017 in Dresden:

dass „wir Deutschen [das einzige Volk der Welt sind], das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat“

Innenpolitische Pläne:

Förderung der deutschen, traditionellen Familie
MwSt: -7%
Bachelor- und Masterstudiengänge abschaffen

Außenpolitische Pläne:

Euro abschaffen, zurück zur D-Mark
kein CETA oder TTIP
Europa als Staatenbund, keine Union

Sicherheitspolitik:

Sicherung der Grenzen
Flüchtlinge konsequenter Abschieben

Der Grundgedanke: Deutschland statt Europa

Bundestagswahl 2017

aus www.welt.de, 2018-04-25:

Europäische Union und Euro

Die EU soll einen großen Teil ihrer bisherigen Kompetenzen an die Nationalstaaten zurückgeben. Wenn sich diese EU-Veränderung „nicht verwirklichen“ lässt, strebt die AfD „einen Austritt Deutschlands beziehungsweise eine demokratische Auflösung der Europäischen Union und die Neugründung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ an.

Die AfD fordert, „das Experiment Euro geordnet zu beenden“. Sollte der Bundestag dies nicht beschließen, verlangt die AfD eine Volksabstimmung über Deutschlands Verbleib im Euro. Die EU-Mitgliedschaft der Türkei wird kategorisch abgelehnt. Dies soll ein „für die AfD nicht verhandelbarer Inhalt jeglicher Koalitionsvereinbarungen“ sein.

Außen- und Sicherheitspolitik

Alle Atomwaffen und alle ausländischen Truppen sollen aus Deutschland abgezogen werden. Die Wehrpflicht soll wieder eingeführt werden. Alle Atomwaffen und alle ausländischen Truppen sollen aus Deutschland abgezogen werden. Über einen Austritt aus der Nato wurde am Ende nicht abgestimmt.

Maßgeblich war hier ein Machtwort von Parteivize Alexander Gauland, der die Mitgliedschaft mit Verweis auf bismarcksche Logik als notwendig für Deutschlands Sicherheit bezeichnete. So bleibt es bei der im Leitantrag des Vorstands festgelegten Formel, dass das transatlantische Bündnis den außen- und sicherheitspolitischen Interessen der Bundesrepublik entspricht – aber stärker zu einem reinen Verteidigungsbündnis werden müsse.

Islam und Zuwanderung

Nach Ansicht der AfD gehört der Islam „nicht zu Deutschland“. Minarette, Muezzinrufe und die Vollverschleierung sollen verboten werden. Das Schächten von Tieren nach jüdischen oder muslimischen Regeln will die AfD komplett verbieten, auch dann, wenn die Tiere vorher betäubt werden. Islamische Organisationen sollen keinen Körperschaftsstatus erhalten.

Am Ende plädiert die AfD in ihrem Programm für eine „maßvolle Einwanderung“. Sie will aber den Zuzug von Flüchtlingen radikal stoppen. Demnach soll über Asylanträge bereits in den „Herkunftsregionen“ entschieden werden, die Hilfesuchenden sollen gar nicht erst nach Deutschland kommen. Die Ausweisung straffälliger Ausländer soll erleichtert werden.

Innere Sicherheit

Deutschland soll für die eigenen Grenzen „einen flächendeckenden deutschen Grenzschutz unter dem Dach der Bundespolizei aufbauen“. Die AfD will „betriebsbereite Grenzübergangsstellen“ schaffen, „die je nach Gefährdungslage jederzeit in Betrieb genommen werden können“. Zum Schutz der grünen Grenze sollten „nach österreichischem Vorbild Wehrpflichtige herangezogen werden können“. Begründet wurde dies mit der „hohen Zahl von Einbruchs- und Diebstahlsfällen in Grenzbereichen“ sowie zur Verhinderung von Waffen- und Drogenschmuggel. Gegen körperliche Angriffe auf Polizisten soll ein eigener Straftatbestand geschaffen werden.

Wahlrechtsreform

Abgeordnete von Bundestag und Landtagen dürfen den Parlamenten nur für jeweils vier Legislaturperioden angehören. Dies soll nicht für direkt Gewählte gelten. So soll der Bundespräsident direkt vom Volk gewählt werden. Darüber hinaus werden Volksentscheide nach Schweizer Vorbild angestrebt.

Leitbild traditionelle Familie

„Mehr Kinder statt Masseneinwanderungen“ fordert die AfD. Sie bekennt sich zur traditionellen Familie aus Vater, Mutter und Kindern als „Keimzelle der Gesellschaft“. Kritisiert werden Gleichstellungspolitik und Geschlechterquoten und ein „falsch verstandener Feminismus“. Mehrkinderfamilien sollen speziell gefördert werden, Abtreibungen jedoch nicht. Die Schwangerenkonfliktberatung soll den Schutz des ungeborenen Lebens zum Ziel haben.

Rundfunkfinanzierung

Rundfunkgebühren für öffentlich rechtliche Sender wird abgelehnt. Diese „Zwangsförderung“ sei „umgehend abzuschaffen und in ein Bezahlfernsehen umzuwandeln“. Wer bisher noch Beiträge zahlt, soll die Möglichkeit bekommen, die Zahlung „ganz oder teilweise zu kündigen“. Am Ende soll nur noch zahlen, wer auch tatsächlich zuschaut oder zuhört.

Bankenkrise

Deutsche Banken sollen nicht zur Haftung für ausländische Banken verpflichtet werden, sondern stattdessen „ihren Haftungsverbund auf die nationale Ebene begrenzen“.

Ja zur Atomkraft und Nein zu Klimaschutzziele

Die AfD will den Atomausstieg zurücknehmen und die Akw-Laufzeiten verlängern. Die Atomforschung soll wieder aufgenommen werden. Den Effekt des CO₂-Ausstoßes auf das Klima hält die AfD für Propaganda. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz und damit die Energiewende sollen zurückgenommen werden. Bioenergie soll nicht länger subventioniert, das umstrittene Fracking weiter erforscht werden.

Einfaches Steuersystem

Das Steuerrecht soll drastisch vereinfacht werden, mit niedrigen Steuern sollen Mittel- und Geringverdiener, insbesondere Familien, finanziell entlastet werden. Die Erbschaftsteuer soll abgeschafft, die Gewerbesteuer überprüft werden. Die AfD will eine Steuer- und Abgabenbremse im Grundgesetz, um die „staatliche Macht über den Bürger“ zu begrenzen. Konkrete Zahlen finden sich in dem Beschluss nicht.